

Simburger Anzeiger

Täglich amtl. Preisblatt für den Kreis Simburg und für die in der neutralen Zone liegenden, von ihren Preishauptstädten abgeschnittenen Ortschaften der Kreise Unterlahn, Untertaunus, Rheingau und St. Goarshausen.

Erscheinungsweise: täglich (nur Werktags).
Preis: monatlich 3.60 Mark einschl. Postbefreiung
oder 3.80 Mark einschl. Postbefreiung
Telefon Nr. 82. — Postfachkonto 24915 Frankfurt a. M.

(Simburger Zeitung) Begr. 1888 (Simburger Tageblatt)
Verantwortlicher Redakteur: Hans Antke.
Druck und Verlag der Firma Schindler'scher Verlag und Buchdruckerei
in Simburg a. d. Rhn.

Anzeigenpreis: die gespaltene 8-Millimeterzeile oder deren Raum 70 Hg. Die 11 mm breite Reklamezeile 2.10 M.
Anzeigenannahme bis 4 Uhr nachmittags des Vortages.

Nummer 134

Simburg, Dienstag, den 15. Juni 1920.

83. Jahrgang

Die Regierungskrise.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Auflage enthalten).

Der mislungene Versuch eines Kabinetts Heine.
Berlin, 13. Juni. (WZB.) Der Reichspräsident lud heute vormittag den Abgeordneten Dr. Heine, den Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, zu einer Besprechung und übertrug ihm im Laufe der Unterredung die Bildung des neuen Kabinetts. Dr. Heine hat den Auftrag angenommen.

Berlin, 13. Juni. (WZB.) Der Reichsminister Müller und der Abgeordnete Loh haben heute abend dem Abgeordneten Dr. Heine offiziell mitgeteilt, daß die Mehrheitsfraktion der Deutschen Volkspartei die Erweiterung der Koalition zu beabsichtigen. Heine hat daraufhin den Antrag zur Bildung eines Kabinetts in die Hände des Reichspräsidenten zurückgelegt.

Trimborn versucht die Kabinettsbildung.

Berlin, 14. Juni. (WZB.) Der Reichspräsident hatte heute vormittag mit dem Zentrumsgesandten Trimborn eine längere Besprechung, in deren Verlauf Trimborn die großen Schwierigkeiten der Bildung des neuen Kabinetts betonte. Der Reichspräsident ersuchte Trimborn unter Hinweis auf den Ernst der Situation, gleichwohl die Kabinettsbildung zu übernehmen, Trimborn übernahm daraufhin den Auftrag.

Forderungen der Volkspartei.

Berlin, 12. Juni. Wie die „V. J.“ meldet, sind die führenden Mitglieder der Deutschen Volkspartei zusammengetreten, um die Bedingungen zu formulieren für die Teilnahme an der Regierungskoalition. Die Bedingungen werden am Montag der Fraktionskonferenz vorgelegt. Die Deutsche Volkspartei fordert: Entpolitisierung des Auswärtigen Amtes und des Reichswirtschaftsministeriums, Stärkung der Rechte des Reichswirtschaftsrats, Aufheben der Namentzung nach der Parteizugehörigkeit und Beschränkung der politischen Beamtenstellung auf jene Verwaltungsfunktionen, die als unmittelbar politisch anzusehen sind. In Parteikreisen wird erklärt, daß die Fraktion für keinen der eigenen führenden Politiker eine Ministerstelle fordert, (was nicht ausschließt, daß für Minister aus der Fraktion steht, wenn es verlangt werden sollte) und daß gegen Hermann Müller als Reichskanzler oder Minister des Äußeren unbedingt Widerstand geleistet werden würde.

Fraktionsberatungen.

In der gemeinsamen Sitzung des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion der Mehrheitsfraktion kam, wie die Blätter berichten, einstimmig die Überzeugung zum Ausdruck, daß für die Partei die Beteiligung an einer Regierung, die Elemente der Reichsparteien enthalte, ausgeschlossen sei. Die Reichstagsfraktion der deutschen Volkspartei tritt heute nachmittag im Reichstag zusammen. Gleichzeitig tagt die deutschnationale Fraktion. Das Zentrum berät am Dienstag vormittag. Die Demokraten werden am Mittwoch tagen. Einige Blätter sagen, die Demokraten wollten erst die Stellungnahme des Zentrums abwarten.

Anleihe gegen Ueberwachung unserer Finanzwirtschaft?

Berlin, 14. Juni. Aus Haag wird dem „Berl. Volksblatt“ gemeldet: Es verlautet, daß die Beratungen der alliierten Kommission, welche die internationale Anleihe für Deutschland vorbereitet, beendet sind. Die Anleihe soll in Gold fünf Milliarden Francs betragen, welcher Betrag bis auf 15 Milliarden erhöht werden kann. Weiter sollen große Mengen Rohstoffe zur Verfügung gestellt werden. Der Gesamtbetrag soll gleichzeitig mit der von Deutschland zu zahlenden Schadenersatzverrechnung verrechnet werden. Hauptbedingung sei, daß die deutsche Finanz- und Steuerverwaltung unter die Aufsicht der Entente-Kommission in Berlin gestellt wird.

Einigung zwischen Ärzten und Krankenkassen.

Die Leipziger Verhandlungen haben die Einigung zwischen Ärzten und Krankenkassen herbeigeführt. Der Schiedsspruch über das Honorar wurde angenommen. Die endgültige Einigung in allen anderen Fragen ist ebenfalls so gut wie gesichert.

Eine Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten.

Berlin, 12. Juni. (WZB.) Eine Versammlung von Vertretern aller Berufsgruppen der Reichseisenbahnen beschloß die Gründung einer einheitlichen Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Angestellten. Die neue Gewerkschaft umfaßt rund 300.000 Mitglieder, ist parteipolitisch neutral und steht auf dem Boden des uneingeschränkten Koalitionsrechts.

Die deutschen Vertreter zur internationalen Arbeitskonferenz.

Berlin, 12. Juni. (WZB.) Die für Genua bestimmten deutschen Delegierten zur internationalen Arbeitskonferenz haben heute Berlin verlassen. Es sind die Reichsminister Dr. Wiesel, Geheimrat Werner, Geheimrat Dr. Lehmann, Direktor Böger-Hamburg, Konsul Artur Kunze-Mann-Stettin, Syndikus Dr. Tändler-Berlin, Paul Müller-Hamburg, Schumann-Berlin, Kommerzienrat Horn-Weisburg.

Die Kohlenförderung.

Berlin, 12. Juni. (WZB.) Im Juidau-Lugan-Beckener Kohlengebiet ist ein sehr erheblicher Rückgang der Kohlenförderung zu verzeichnen, der sich laut „Berliner Volksblatt“ auf täglich 4000 Tonnen beläuft. Die Betriebsräte erklärten sich mit der Wiedereinführung einer Ueberstunde einverstanden und wollen in diesem Sinne auf die Arbeiter einwirken.

Abbau der Viehwirtschaft in Anhalt.

Halle a. S., 13. Juni. Der Zentralverband in Dessau leitet den Abbau der Viehwirtschaft in Anhalt ein, als erster deutscher Staat damit vorangeht. Vertreter der bayrischen, badiischen und württembergischen Regierung haben sich deshalb nach Dessau begeben, um die Organisation zu studieren.

Begnadigungen.

Münster i. W. (WZB.) Von 451 durch die außerordentlichen Kriegsgerichte im Ruhrgebiet verurteilten Personen wurden Gnadengesuche eingereicht. Bisher wurden 141 dieser Gesuche erledigt, und zwar hat der Reichspräsident in 115 Fällen von dem Begnadigungsrecht Gebrauch gemacht, und in 26 Fällen das Gesuch abgelehnt. Von den zahlreichen während der Unruhen im Ruhrgebiet verhafteten, im Sennelager und anderen Gefangenenanstalten untergebrachten Personen wurde inzwischen der größte Teil wieder auf freien Fuß gesetzt. Nur die gemeiner oder schwerer Vergehen Verdächtige werden weiter in Haft gehalten.

Ein Entführungsmärchen aus Schloß Doorn.

Haag, 10. Juni. Nach einer Meldung des „Erdange Telegraph“ wurden wegen eines Versuchs zur Entführung des ehemaligen deutschen Kaisers aus dem Hause Doorn durch einen unbekannten Flieger eine Anzahl verdächtiger Personen verhaftet. Holländische Polizisten und Polizeagenten überwachen streng die Umgebung des Schlosses. Der Kaiser hat seit den letzten Wochen nicht mehr das Recht, seinen Aufenthaltsort zu verlassen. Vor Benachrichtigung des Kommandanten der zu seiner Bewachung bestimmten Sicherheitsmannschaften.

Deutschenhass in Belgien.

Antwerpen, 12. Juni. (WZB.) In Antwerpen wurde eine antideutsche Liga unter dem Ehrenvorsitz des Gouverneurs, des Bürgermeisters und der beiden Generale der Festung gebildet. Sie führt den Namen „Belgien wir es niemals!“ Laut „Etoile“ findet am Sonntag eine Kundgebung gegen die Rückkehr der Deutschen nach Antwerpen statt.

Neue Ausschreitungen der Franzosen in Gleiwitz.

Gleiwitz, 12. Juni. (WZB.) Heute vormittag 10 Uhr passierten mehrere französische Soldaten laut „Oberschlesischer Wanderer“ den Turnplatz am staatlichen Gymnasium. Mehrere Gymnasiasten unterhielten sich lachend über die auffällige Uniform der schottischen Soldaten. Die Franzosen sprangen über den Zaun des Turnplatzes und stachen mit den Seitengewehren auf die hilflosen Schüler ein. Ein Oberprimar und zwei Sekundaner wurden schwer verletzt. Der Primar erhielt einen lebensgefährlichen Bauchstich und kommt nach den Aussagen der Ärzte kaum mit dem Leben davon. Die Verwundeten wurden in einem französischen Krankenwagen nach dem städtischen Krankenhaus gebracht. Die Erregung der Bevölkerung ist ungeheuer.

Gleiwitz, 13. Juni. (WZB.) Die Plebiszitkommission für Deutschland, Unterkommisariat für Gleiwitz, hat infolge der gestrigen blutigen Vorgänge an die amerikanische, englische und italienische Botschaft in Berlin sowie an die deutsche Regierung in Opatowitz ein Protesttelegramm geschickt, in dem sie dringend bittet, für die Entfernung der bisherigen Besatzungstruppen Sorge zu tragen, da nur so dem ober-schlesischen Volk die ersehnte Ruhe gebracht werden könne. Die französische Behörde hat sich wegen der gestrigen Vorfälle bisher nicht entschuldigt. Der Schüler Reib wurde inzwischen operiert. Die Ärzte hoffen, ihn am Leben zu erhalten.

Der Oberste Wirtschaftsrat und die Handelsbeziehungen zu Russland.

London, 12. Juni. (WZB.) Der ständige Ausschuss des Obersten Wirtschaftsrats versammelte sich heute nachmittag. Vertreten sind England, Frankreich, Italien und Belgien. Der Ausschuss setzte die Prüfung der vorbereitenden Fragen über die Mittel zur Wiederaufnahme des Handels mit Russland fort und beschloß, Krassin einen Fragebogen zuzustellen, der die wichtigsten in Betracht kommenden Punkte umfaßt. Nach Empfang der Antwort Krassins ist der Ausschuss bereit, die erste Zusammenkunft mit Krassin abzuhalten.

Rumänische Ernteschätzungen.

Bukarest, 13. Juni. (WZB.) Telegraphenagentur Damian. Nach Berichten des Landwirtschaftsministeriums wird Rumänien Getreide im Werte von drei Milliarden ausführen können.

Preissturz in Frankreich.

Aus Paris wird vom 14. Juni gemeldet: In Marseille gingen gestern an der Börse die Preise derart zurück, daß Befürchtungen für eine ernste Handelskrise aufstiegen. Kaffee fiel von 294 auf 272 Frs., Erbsen von 205 auf 170, Linsen von 230 auf 115, Rizinussöl von 160 auf 140, Palmöl von 450 auf 350, Baumwolle von 630 auf 580. Aus Bordeaux wird über das Sinken der Weinpreise gemeldet, daß trotz der

sehr stark gesunkenen Preise die Käufer noch zurückhalten, weil vermutet wird, daß die Abwärtsbewegung der Preise noch nicht beendet ist. Auch die Viehpreise sind um 20 Prozent herabgegangen.

Die Erzwungung von Preissenkungen im Ausland.

Paris, 12. Juni. Um den Rückgang der Lebensmittelpreise in Höhe zu halten, erläßt die Vereinigung der Detailhändler einen Aufruf, in dem sie alle Kleinhandläute zu kräftiger Mitarbeit auffordert. Insbesondere sollen alle Einkäufe bei den Großhändlern und Fabrikanten vorläufig nur ein Minimum betragen, um ein Anwachsen neuer Vorräte und damit ein vermehrtes Angebot von Waren zu fördern. Andererseits wird den Konsumenten empfohlen, während einiger Monate sich freiwillig strenge Einschränkungen aufzulegen, da nur so erhöhte Produktion und Rückkehr zu normalen Verhältnissen möglich sei. Der Stefani-Agentur zufolge unternimmt die italienische Presse einen Feldzug, um ein Sinken der Preise herbeizuführen, durch die Parole „Kauft nicht!“ Sie fordert die Bevölkerung auf, sich aller Käufe zu enthalten, die nicht unbedingt notwendig sind, vor allem der Beschaffung von ausländischen Erzeugnissen.

Pazifistische Eisenbahner.

Rom, 13. Juni. (WZB.) Reuter. Die Eisenbahner von Cremona und Mailand sind in den Ausstand getreten, um die Entsendung von Munition nach Polen zu verhindern.

Eine Schlacht an der Berezina.

Warschau, 13. Juni. (WZB.) Im polnischen Heeresbericht vom 10. Juni heißt es: Die am 10. Mai begonnene große Schlacht an der Berezina, die von beiden Seiten mit unermesslicher Kraftanstrengung geführt wurde, ist gestern mit unserem endgültigen Siege abgeschlossen worden. Der Feind, der vor der Front der Armee des Generals Soentkowski neun Divisionen konzentriert hatte, bemächtigte sich am 8. Juni auf neue, die Initiative in seine Hände zu legen und führte alle verfügbaren Kräfte zum Angriff heran. Es entwickelten sich hartnäckige blutige Kämpfe, hauptsächlich aus dem Abschnitt der 8. Infanteriedivision und des Generals Zelikowski. Während dieser Kämpfe wechselten einzelne Ortschaften mehrmals ihren Besitzer. Endgültig war der Gegner schon am 3. Juni abends auf der ganzen Linie abgewiesen.

Die Italiener räumen das montenegrinische Gebiet.

Rom, 12. Juni. (WZB.) Wie der „Temps“ aus Bologna berichtet, schieden sich die italienischen Truppen an, das montenegrinische Gebiet zu verlassen. Ueber das Schicksal der Befehlsführung von Skutari ist man noch im Unklaren.

Blutige Kundgebungen in Triest.

Rom, 13. Juni. (WZB.) Zum Protest gegen die Truppenentsendungen nach Albanien ist es in Triest in der Nacht auf Samstag zu heftigen Kämpfen gekommen. Es kam zu Schießereien, auch wurden Handgranaten geworfen. Die Ordnung wurde durch Truppen und Polizeigewalt wieder hergestellt.

Ein albanischer Angriff auf Balona.

Rom, 12. Juni. (WZB.) Stefani: Der „Epoca“ wird aus Balona gemeldet: In der Nacht vom 10. Juni griffen die Rebellen die Stadt an, wobei sie die Italiener am 6. Juni abgenommenen Geschütze und Maschinengewehre gebrauchten. Sie näherten sich auf 800 Meter der Stadt, wurden aber durch einen Gegenangriff der Alpini zurückgeschlagen und ließen 200 Tote und eine Batterie auf dem Kampffeld zurück. Einige Albaner von Balona schossen hinterwärts auf die Truppen. Etwa tausend mohammedanische Albaner wurden verhaftet und das muslimanische Viertel geräumt.

Essad Pascha ermordet.

Paris, 13. Juni. (WZB.) Heute mittag kurz nach 1 Uhr gab ein 25-jähriger Albaner namens Weni Rustan auf Essad Pascha, den ehemaligen Gouverneur Albaniens und jetzigen Vorsitzenden der albanischen Delegation in Paris, in dem Augenblick, in dem dieser das Hotel Continental verließ, zwei Revolverkugeln ab. Essad Pascha wurde getötet. Der Mörder wurde verhaftet. Er erklärte, daß er seine Landesknechte habe rächen wollen für die Leiden, die ihnen Essad Pascha zugefügt habe.

Englische Zugeständnisse an Ägypten.

Paris, 12. Juni. (WZB.) Nach einer Londoner Meldung des „Echo de Paris“ machen die Unterhandlungen des Jahres der ägyptischen Nationalisten, Faghi Pascha, mit Lord Milner Fortschritte. Die englische Regierung sei bereit, Ägypten weitgehende Autonomie zuzugestehen. England wolle sich mit den Rechten begnügen, die die Türkei bis 1914 in Ägypten gehabt habe, verlange jedoch die Oberhoheit am Suezkanal, die Aufrechterhaltung der Kapitulationen und die Abhängigkeit des Sultans, der durch seinen Sohn ersetzt werden solle.

Ein japanisch-chinesischer Zusammenstoß.

Peking, 12. Juni. (WZB.) Halbamtlich wird gemeldet: Zwischen einem chinesischen Kanonenboot und der japanischen Garnison von Kotschew ist es zu einem Zusammenstoß gekommen. Einzelheiten fehlen noch.

Lokaler und vermischter Teil.

Limburg, den 15. Juni 1920.

Personalien. Herr Postdirektor Ehrhard, der das hiesige Postamt seit dem 1. Februar 1915 leitet, ist auf seinen Wunsch zum 1. Oktober nach Berlin versetzt worden. Der Reichspostminister hat ihm die Leitung des Postamts Berlin W 9 (am Potsdamer Bahnhof) übertragen.

Justizpersonalien. Dem Ranglisten Rehm am hiesigen Landgericht sowie den Ranglisten Kuhl, Barth und Walsenbach beim Amtsgericht Limburg wurde der Titel Kanzleischreiber verliehen.

Der Limburger Ruderverein von 1895 E. B. gewann am Sonntag, den 13. Juni auf der Ruderegatta in Mainz den 1. Jungmänner-Bierer gegen die besten Vereine im Rhein- und Maingebiet. Das Rennen nahm folgenden Verlauf:

Vorrennen:

1. Boot Limburger Ruderverein von 1895 7 Min. 50 Sek. (Mannschaft: Schaden, F. Brühl, Heun, P. Brühl, Steuer: Hammerlag.)
2. Boot Frankfurter Ruderverein „Sachsenhausen“ 7 Min. 52 Sek.
3. Boot Kölner Ruderverein von 1877 7 Min. 58 Sek.
4. Boot Mainzer Ruderverein 8 Min. 02 Sek.
5. Mannheimer Ruderverein „Amicitia“ 8 Min. 08 Sek.

Hauptrennen:

1. Boot Limburger Ruderverein 1895 7 Min. 42 Sek.
2. Boot Ruderverein Worms 7 Min. 43 Sek.
3. Boot Kölner Ruderverein von 1877 7 Min. 47 Sek.
4. Boot Mainzer Ruderverein 7 Min. 51 Sek.
5. Boot Mannheimer Ruderverein „Amicitia“.

Das Frankfurt „Mittagblatt“ schreibt in seiner Besprechung der Regatta zu dem Sieg der Limburger Mannschaft: „Herrn gebührt noch dem Limburger Ruderverein großes Lob, er hat sich gegen starke Konkurrenz sehr wacker gehalten und den Jungmänner-Bierer in äußerst hartem Ringen gewonnen.“

Zweigverband Preussisch-Hessischer Pensionäre. Auf Anregung einiger Interessenten wurden am Freitag, den 11. d. M., alle staatliche Pension beziehenden Personen aus Limburg und Umgegend zu einer Versammlung ins Deutsche Haus in Limburg eingeladen. Gegen alles Erwarten waren so viele erschienen, daß sich der zuerst angewiesene Raum als zu klein erwies. Unter den Versammelten waren die Frauen (Witwen) stark vertreten. Der Leiter der Versammlung, Herr Franz Beurny, begrüßte die Versammelten und gab in seiner Ansprache kund, daß man diese Versammlung einberufen hätte, um, wie auch schon an anderen Orten, sich mit dem Hauptverband in Mainz zu verbinden, und unseren Wünschen — daselbst Pensionsgehalt zu beziehen wie auch die Neupensionäre — härteren Ausdruck zu verleihen. Sodann wurde die Vorstandswahl vorgenommen und wurden gewählt, F. Beurny, 1. Vorsitzender, J. Wilmann, 2. Vor., Ph. Hohlwein, 1. Schriftf., Frau Haas, 2. Schriftf., F. Reinhardt 1. Kassierer, E. Clahmann, 2. Kass., Herr Guant und Frau Senf als Beisitzer. Nun erhielt der 1. Vorsitzende des Hauptverbandes, Herr Franz Bäckens aus Mainz, das Wort. Dieser gab in ausführlicher Weise die Ziele und Wünsche des Verbandes bekannt und teilte mit, daß auf die Eingaben an das Ministerium schon erreicht sei, daß den Altpensionären eine fünfzigprozentige Mehrzahlung des bis jetzt geltenden Ruhegehaltes ab 1. April 1920 bis zum neuen Gehalt, als Vorschuß baldigst ausbezahlt werden soll. Herr Stadtorbitorner Lokomotivführer Müller hob noch besonders hervor, daß der Altpensionär es redlich verdient habe, daß man ihn berücksichtige, denn früher habe der Beamte das Höchste leisten müssen, dabei sei er aber so gering befördert gewesen, daß für den Fall der Not wie der jetzigen, nichts zurückgelegt werden konnte. Die Reden wurden mit viel Beifall aufgenommen.

Die Unabhängige sozialdemokratische Partei hat eine Kreisorganisation mit dem Sitz in Limburg gegründet. Der vorläufige Vorstand setzt sich zusammen aus den Genossen Siegfried Limburg 1. Vor., Liernert Staffell 2. Vor., Biehmann Limburg 1. Schriftf., Kauf Limburg 2. Schriftf., Müller Staffell 1. Kass., Barfel Staffell 2. Kass.

Die Söhne des Senators.

Novelle von Theodor Storm.

5) (Nachdruck verboten.)
„Ei, ei, ja doch!“ murmelte der Alte. „Die Klatschmänner werden doch nicht recht behalten.“ Er kniff die Lippen zusammen und schaute eine Weile durch das Fenster auf den Steinhof, wo ihm die niedrige Mauer jetzt auch eine innere Scheidung der beiden verwandten Häuser zu bedeuten schien.

Trinnen im Rabinette war nach ein paar Hin- und Herbewegungen der Herr Senator wirklich von seinem Bod herabgekommen. „Herr!“ rief er und stieß seine Feder auf das Pult, daß sie bis zur Spitze aufsprang, „verflagen, sagt Ihr? Meines Vaters Sohn will mich verflagen? Herr Siebert Sönken, Sie sollten nicht solche Scherze machen!“

Der Goldene zog ein Papier aus der Tasche. „Mein werter Herr Senator, es wird ja nicht sogleich ad processum ordinatum geschritten.“

„Ach nicht, da Herr Siebert Sönken dem Gegenpart bedient ist.“

Der Goldene lächelte und legte das Schriftstück, welches er in der Hand hielt, vor Herrn Christian Albrecht auf das Pult. „Laut dieser Vollmacht!“ sagte er vertraulich, „bin ich so gut zum Abschluß von Vergleichungen wie zur Anstellung der Klage legitimiert!“

„Und wegen des Vergleiches sind Sie zu mir gekommen?“ fragte der Kaufherr nicht ohne ziemlich Verwunderung; denn er wußte nicht, daß Herr Siebert Sönken schon längst darauf spekuliert hatte, Ratt seines alten und, wie er sagte, „fürtrefflichen, aber abhängigen Kollegen“ der Anwalt dieses angesehenen Hauses zu werden.

Der Anwalt hatte mit einem höflichen Kopfnicken die an ihn gerichtete Frage beantwortet.

„Herr Siebert Sönken!“ sagte der Senator, und er sprach diese Worte in großer innerlicher Erregung, „so kommen Sie also im Auftrage, im ausdrücklichen Auftrage meines Bruders?“

Herr Siebert stuchte einen Augenblick. „In Vollmacht, mein werter Herr Senator, wie Sie zu bemerken belieben,

Das süddeutsche Operettentheater wird am kommenden Sonntag in der Turnhalle die Operette „Eine Ballnacht“ zur Aufführung bringen. Vorverkauf in der Buchhandlung Herz. Näheres in der Anzeige.

Arbeitsmarktbericht des Kreisarbeitsnachweises Limburg im Monat Mai. Die Lage des Arbeitsmarktes steht in enger Wechselbeziehung zu dem Grade der Gütererzeugung. Der Monat Mai hat uns eine ernste Wirtschaftskrise gebracht, deren Auswirkungen gegenwärtig noch in der Entwicklung stehen und deren Folgen und Tragweite noch nicht zu übersehen ist. Die Nachfrage in der Landwirtschaft die sich um 30 Prozent erhöhte, konnte trotz eines gesteigerten Angebots von 40 Prozent nicht voll und ganz befriedigt werden. Im Bergbau konnte zwischen Nachfrage und Angebot ein Ausgleich erfolgen. Erfreulich ist der gegenwärtige gute Geschäftsgang in den Ziegeleien, Kalksteinbrüchen und Kalkbrennereien, die in den Kreisen Limburg und Unterlahn in größerer Zahl Arbeiter einstellen. In der Holz- und Möbeldindustrie ist eine auffallende Stodung eingetreten, so daß Arbeiterentlassungen in aller Kürze zu erwarten sind. Die Bautätigkeit wird in dem wirtschaftlichen Gebiet des Arbeitsnachweises nur in geringem Umfange aufrecht erhalten. Abwanderungen infolge der geringen Beschäftigungsmöglichkeit waren auch zu verzeichnen. Im Bekleidungsgebiete macht sich die Kaufunlust stark bemerkbar. In fast allen gewerblichen Berufen zeigt sich zur Zeit eine sehr unliebsame Folgewirkung des Krieges. Den zahlreichen jungen Leuten, die während der Kriegsjahre ihre Lehre begonnen und nun angelernt haben, fällt es außerordentlich schwer, eine geregelte Gesellentätigkeit zu finden. Der weibliche Arbeitsmarkt leidet wie in den Vormonaten stark unter Mangel an häuslichen Dienstboten und landwirtschaftlichem Personal. Die zur Zeit gezahlten hohen Löhne konnten eine Besserung nicht herbeiführen. Es meldeten sich im Mai insgesamt 588 Arbeitsuchende (im April 631); offene Stellen waren verfügbar 719 (im April 1255); 577 Vermittlungen kamen zustande (im Vormonat 638.)

Sachsenburg, 13. Juni. In der Gemartung Gebhardsbain, fand man bei Feldarbeiten eine Urne, die mit vielen Silbermünzen primitiver Prägung gefüllt war. Die Münzen, die vermutlich dem 12. Jahrhundert entstammen, zeigen vielfach die Umschrift Henricus und Sancta Coloma und scheinen Kölner Ursprungs zu sein. Sie gingen in Privatbesitz über.

FC. Rautob i. L., 13. Juni. Unerwartet traf gestern der Kriegsgefangene Konrad Diefenbach, Sohn des hiesigen Milchhändlers Friedrich Diefenbach, aus russischer Gefangenschaft bei seinen Eltern wieder ein. Diefenbach war bereits im Jahre 1915 in russische Gefangenschaft geraten und bis vor kurzem in Sibirien interniert, von wo er mit ungefähr 200 anderen Kameraden am 17. März auf eigene Faust hin das Land verließ und glücklich in die Heimat gelangte.

Ostheim, 13. Juni. Ein Chauffeur von Winden wurde gestern in der hiesigen Gemartung beim Wäldern angetroffen. Da er auf den Anruf des Forstschutzwachters nicht stehen blieb, gab dieser einige Schüsse ab, wodurch dem Flüchtenden der Daumen der rechten Hand abgeschlagen und er an der rechten Hüfte angeschossen wurde. Er mußte in einem Hanauer Krankenhaus Aufnahme suchen.

Wiesbaden, 13. Juni. Die hier erscheinenden Blätter bringen an erster Stelle folgende Bekanntmachung des französischen Armeekorps in Wiesbaden: „Am 8. Mai 1920 hat der General Mordac, Kommandeur des 30. Armeekorps, dem Vertreter der Staatsanwaltschaft beim ersten Kriegsgericht den Befehl erteilt, gegen drei französische Soldaten des Infanterieregiments 167 einzuschreiten. Dieselben hatten sich mittels Waffen und Gewalt als Täter bezw. Mitthäter verschiedener Diebstähle, die seit Dezember 1919 zum Nachteil deutscher Staatsangehöriger in den Wäldern von Wiesbaden und Umgebung vorgekommen sind, schuldig gemacht.“ Es handelt sich um Soldaten, die an den zahlreichen räuberischen Überfällen und Erpressungen, besonders an Diebstählen, in der Umgebung Wiesbadens den Winter und das Frühjahr über beteiligt gewesen sind.

Wiesbaden, 11. Juni. Am vergangenen Dienstag wurden am Fuße des bekannten Neroberges in Wiesbaden zwei Mädchen von französischen Soldaten überfallen und

vergewaltigt. Das eine der Mädchen kam dabei daran zu Schaden, daß es ins Krankenhaus aufgenommen werden mußte. Die Täter konnten unerkannt entkommen.

Nied a. M., 14. Juni. Ein junger Burische, der eine Frau den Kopf abgeschnitten hatte, ging vor dem hiesigen Schöffengericht straffrei aus, weil die „Bechnittene“ erklärte, sie habe sich durch die Tat des Kopfabschneidens weder verletzt noch beleidigt gefühlt. Außerdem sei auch der Verfall falsch gewesen. Da die Frau hat, von einer Strafbefreiung zu nehmen, mußte das Gericht das Verfahren einstellen.

Söckel, 13. Juni. Der Milchstreik der Bauern des Kreises Höchst ist beigelegt. Die Lieferung erfolgt seit her zu 1,50 das Liter. Die Bauern haben sich geschlossen, ihre Forderungen auf dem Wege der Verhandlungen geltend zu machen. Der Milchstreik hat auch den Kreis Wiesbaden übergriffen. Der Bürgermeister von Bedenkeim ließ durch die Ortschelle dazu auffordern, die Milch unter 2 Mark das Liter abzuliefern.

Breslau, 11. Juni. Der Oberschlesische Morgenzeitung zufolge wurden in Koschitz-Schoppin die Denkmäler Kaiser Wilhelms I. und Kaiser Friedrichs von Bubenhanden mit Dynamit beschädigt. Das erste wurde vollständig zerstört, bei letzterem der Sockel gesprengt.

Oppeln, 13. Juni. (W.B.) Ein Automobilomnibus der Linie Oppeln-Proslau ist gestern nachmittag in Oppeln bei Oppeln infolge Versagens der Steuerung auf der steilen Abfahrenden Straße gegen einen Baumstamm gerannt, die steile Böschung hinabgestürzt und hat seine 25 Insassen unter sich begraben. Etwa 12 Personen wurden schwer verletzt. Ein Teil dürfte kaum mit dem Leben davontkommen.

Saarbrücken, 9. Juni. Ein hiesiger Kaufmann wurde in der Heimkehr von einer Geschäftsreise abends zwischen 10 und 11 Uhr auf offener Straße von drei französischen Soldaten im Augenblick, nachdem er an ihnen vorbeigegangen war, hinten niedergebunden. Einer der Soldaten kniete auf den Verletzten und drückte ihm mit dem Gesicht in den Strick hundert Mark, eine silberne Uhr mit goldener Kette, ein silbernes Messer und Geschäftspapiere, fielen den Räubern in die Hände. Der Ueberfallene trug Verletzungen am Kopf davon. Die französische Garnisonkommandantur sagte im Orfer Wiedergutmachung zu.

Farchibares Explosionsunglück in Ungarn.

Temesvár (Ungarn), 11. Juni. (W.B.) Ungarische Eisenbahngesellschaft gehörigen Bergwerk von Agina ist ein Dynamitdepot der Grube aus unbekannter Ursache in die Luft geflogen, gerade in dem Augenblick, als die Arbeiter den Schacht verlassen wollten. Bis jetzt wurden 173 Verletzte geborgen. Außerdem wurden 236 Bergleute mit schweren Verletzungsercheinungen ins Krankenhaus gebracht. 38 Leute werden noch vermisst.

Verelendung der Intelligenz. Die Not des geistigen Arbeiters, seine den Lebensbedürfnissen in keiner Weise gerecht werdende Bezahlung ist, wie schon oft betont zu einer der dringendsten Fragen unseres Lebens geworden. Wie schlimm eine solche Entwicklung, wie wir sie in Deutschland erleben, ausarten kann, zeigt sich in greller Schärfe in Wien. Einige Zahlen der Jahreseinkommen aus dem Durchschnitt greift die Zeitschrift für Politik „Die Deutsche Nation“ heraus:

Hotelpartier und Oberkellner 100 000 Kronen,
Schuhmachergehilfen 90 000 Kronen,
Tischlergehilfen 48 000 Kronen,
Universitätsprofessoren (20 Jahre Dienstzeit) 40 000 Kronen,
Direktor des Wiener Magistrats 37 000 Kronen,
Hohe Gerichtsbeamte 25 000 Kronen,
Hilfsarbeiter im Gaswerk 25 000 Kronen,
Kanalreiniger 22 000 Kronen,
Kalkbrennwerker 20 000 Kronen,
Herrschensneider 80 000 Kronen,
Affikensärzte 15 000 Kronen.

Was ist die Folge? Um die Positionen in einem großen Wiener Hotel bewarben sich neben vielen anderen: Generalmajor, drei Obersten, mehrere Oberleutnants. In Sowjetrußland, sondern in Wien, in Deutsch-Oesterreich soll es in Deutschland ebenso kommen? Ohne Kultur kein Wirtschaftsleben. Die Verelendung der Intelligenz, eine unausbleibliche Folge unzureichender Bezahlung ist, zu halten, liegt im Interesse der Arbeitgeber selbst.

„Nein, nein Christian Albrecht, du bleibst mir stehen und sie legte beide Arme um seinen Hals. „So,“ sagte sie, „nun sieh mich an und sprich!“

Aber Christian Albrecht tat auch nicht einen Blick ihre hübschen Augen. „Christina,“ sagte er und sah sich schief über sie hinweg, „ich kann nicht zu Bräder Friedrich gehen.“

Sie ließ ihn ganz erschrocken los. „Aber du hast mir versprochen!“

„Aber ich kann nicht!“

„Du kannst nicht? Weshalb kannst du nicht?“

„Christinchen,“ sagte er und sah sie an beiden Händen, „ich kann nicht, weil er wieder in seine Kiste streiche verfallen ist; er hat mir ein Stüd Bauholz dem Kopf geworfen.“

„Was soll das heißen, Christian Albrecht?“

„Das soll heißen, daß mein Bruder Friedrich den den Advokaten zum Prozesse gegen mich bevollmächtigt. Er ist justament als wie in seinen Rinderfährten; er den Bod, und zwar im allerhöchsten Grade! Und so muß denn auch von meinem Wege jetzt ein Länzchen gehen!“

Die junge Frau suchte wieder zu begütigen, allein Christian Albrecht war unerbittlich. „Nein, nein, Christian, er muß diesmal fühlen, wie der Bod ihn selber so wird er sich ein andermal in acht zu nehmen wissen lassen, so Gott will, noch lange mit unserem Bruder Friedrich leben; beden! einmal, was sollte daraus werden, wenn allseit laufen mühten, um seinen hübschen Bod ihm zu binden!“

Und dabei hatte es sein Bewenden. Zwar will wissen, daß die junge Frau noch einmal, hinter ihres Rücken in des Schwagers Haus geschlüpft sei, um mit eigenen kleinen Händen den Knoten zu entwirren; aber Antje Wälden hatte sie mit frecher Stimme fortgelassen, dem sie fälschlich angab, Herr Friedrich Jovers sei in dringenden Geschäften zum Herrn Siebert Sönken gegangen. Und die Augen der alten Personage sollen so von Bosheit voll geleuchtet haben, daß die junge Frau einem zweiten Besuch keinen Mut hatte gewinnen können.

(Fortsetzung folgt)

Mehr Stidstoff — mehr Brot. Vor dem Kriege wurden in der deutschen Landwirtschaft verbraucht: 210 000 Tonnen Stidstoff. Die in Deutschland vorhandenen Werte sind noch dem jetzigen Stande ihrer Fertigstellung und nach der heutigen Lage der Roterei imstande, zusammen jährlich 310 000 Tonnen zu erzeugen. Nach vollständiger Fertigstellung der Werte und Zuführung der Rotereiindustrie auf den Stand vor dem Kriege aber ist die jährliche Erzeugung auf insgesamt 520 000 Tonnen Stidstoff zu steigern. Die Hilfsmittel sind vorhanden, um das gesteckte Ziel zu erreichen. Werden diese 520 000 Tonnen Stidstoff im Jahre tatsächlich erzeugt und in den Acker gebracht, und wird gleichzeitig dafür Sorge getragen, daß neben diesen Stidstoffmengen 1 000 000 Tonnen Kali und vorläufig wenigstens 300 000 Tonnen Phosphorsäure jährlich der deutschen Landwirtschaft zur Verfügung stehen, dann kann diese soviel Getreide, Fleisch und Fett erzeugen. Ueberhaupt ist die heimische Erzeugung soweit sichern, daß die Ernährung unseres Volkes wieder voll und reichlich ist. Die Erreichung dieses hohen Zieles allerdings erfordert, daß die jahrelangen unablässigen Bemühungen des preussischen Landwirtschaftsministeriums auf baldige Fertigstellung der noch im Bau begriffenen Stidstoffwerke und die unzureichende Belieferung der Kunstdüngerfabriken mit Kohle, Koks bezw. Schwefelsäure endlich voll verwirklicht werden.

Die Rot der Wiener Kinder. Nach Mitteilungen im Wiener Gemeinderatsausschuß sind seit September 1919 bis jetzt 91 000 Wiener Kinder ins Ausland zur Erholung geschickt worden, womit aber das Wiener Kinderelend nicht beseitigt wurde. Zur weiteren Auslandsreise dringend empfohlen sind 39 264 Kinder, von denen 16 864 als in ihrem Gesundheitszustand schwer gefährdet bezeichnet wurden. Nicht weniger als 2000 stehen nach ärztlichem Befund „vor den Toren der Friedhöfe“. Es erging auch ein Aufruf an die niederösterreichischen Landwirte, Kinder aufzunehmen und Kinderhöfe auf dem Lande zuzulassen. Man möchte nicht weniger als 50 000 Kinder ein bis zwei Monate herausbringen.

Gerichtssaal.

Schöffengerichtssitzung. In der letzten Schöffengerichtssitzung kamen nachstehende Strafsachen zur Verhandlung: Die Landwirte Jakob August D., Karl H., Heinrich D., Heinrich Wilhelm D., Philipp Jakob Pf., Moritz M., der Witwe Georg Wilhelm H. hatten Strafbefehle von 200, 600, 800, 400, 1000 M. Geldstrafe erhalten, weil sie im Dezember 1919 zu R. durch ein und dieselbe Handlung beschlagnahmtes Getreide, nämlich Weizen, beiseite geschafft und vorzüglich höhere Preise als die festgesetzten dafür genommen hatten. Gegen die Strafbefehle erhoben die Beschuldigten teilweise Einspruch. Die Angeklagten gaben die ihnen zur Last gelegten Beschuldigungen zu und das Gericht erkennt gegen D. und H. auf je 200 M., gegen D. auf 400 M., gegen D. auf 800 M., gegen H. auf 300 M. und gegen Pf. auf 600 M. Geldstrafe und legt ihnen die Kosten des Verfahrens auf. Auch der übermäßige Gewinn von je 71, 75, 215, 25, 287 und 143,54 M. wird eingezogen. — Der Bäcker Fr. D. und der Landwirt Wilh. D. beide von St. sind beschuldigt, daß sie im Jahre 1920 122 Pfund und 23 Pfund Weizenmehl an auswärtige Leute verkauft und sich sehr hohe Preise dafür haben bezahlen lassen. Gegen die ihnen zugestellten Strafbefehle von 600 und 100 M. erhoben beide Einspruch. Das Gericht ermäßigt die Geldstrafen der Angeklagten auf je 50 M. und legt den Angeklagten die Kosten des Verfahrens auf. — Die Arbeiterin Maria Sch. von L. war beschuldigt, im Februar d. J. dem Inhaber der Lumpensortierungsanstalt Rudolf Sch. in L. gehörig Wollschaden im Werte von etwa 500 M. weggenommen zu haben. Da die Angeklagte noch sehr jugendlich und unbefragt sowie geständig ist, erkennt das Gericht gegen sie auf einen Barweis und Tragung der Kosten. — Dem Landwirt Philipp B. in L. war ein Strafbefehl von 2000 M. Geldstrafe zugestellt worden, weil er im November o. J. in D. unbefugt beschlagnahmte Vorräte, nämlich 10 Zentner Weizen, von dem Landwirt R. gekauft hatte. Er erhob gegen den Strafbefehl Einspruch. Der Angeklagte gibt die Tat zu und begründet den Ankauf des Weizens damit, daß sein Weizen mit Brand behaftet gewesen sei. Nach stattgehabter Verhandlung erkennt das Gericht mit Rücksicht darauf, daß B. bereits wegen Diebstahls bestraft worden ist, wegen Vergehens gegen die Reichsgetreideverordnung auf 1500 M. Geldstrafe und Tragung der Kosten. Der beschlagnahmte Weizen wird eingezogen.

München, 12. Juni. In dem dritten Geiselmordprozess wurde das Urteil gefällt. Der Angeklagte Josef Walleshauser wurde wegen fortgesetzten Verbrechens des Mordes zum Tode und zur Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebensdauer verurteilt. Der zweite Angeklagte Rotter wurde von der Anklage des Mordes freigesprochen und wegen Beihilfe zum Hochverrat zu sieben Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Während der Verlesung des Urteils erlitt Walleshauser einen schweren Herzanfall.

Sport.

Fußballklub Nürnberg gewinnt die deutsche Meisterschaft. Vor 30 000 Zuschauern spielte sich am Sonntag auf dem Sandhof Wiesen der Entscheidungsspiel um die deutsche Fußballmeisterschaft ab. Die Spielvereinigung Fürth, die den Preis im Vorjahre gewann, unterlag in der Verteidigung mit 0:2 Toren. Das schönere Stürmerpiel war auf der Fürther Seite, hingegen fehlte ihr die Schußfreudigkeit. Die Kauterreihe von Fürth war nicht ganz so gut wie bei Nürnberg. Die beiden Verteidigerpaare waren beinahe gleich gut, aber das Nürnberger Paar wehrte energischer ab, und diesem Umstand sowohl als dem Spiel der gesamten Nürnberger Hintermannschaft ist der Sieg zuzuschreiben. Die zwei Tote konnte der Fürther Torwächter unmöglich halten, sie wurden scharf und aus beinahe unmittelbarer Nähe geschossen.

Fußball. Zu einem Propagandaspiel wollten am vergangenen Sonntag die 3. und 4. Mannschaft die 1. Mannschaft verstärken durch einige Spieler der 2., des 1. Eintracht Fußballklubs 1907 in Freuden, um zu einem Gesellschaftsspiel gegen die 1. und 2. Elf des dortigen Sportvereins 1911 anzutreten. Zu diesem Zweck war die nötige Propaganda entfaltet worden. Mit Mühe wurden die Nürnberger Gäste durchs Dorf zum Vereinsheim geleitet, mit Mühe dann zum Spielplatz, wo unter den Klängen der Musik beide Spiele ausgetragen wurden, die beide von Nürnberg ge-

wonnen wurden. 4. Eintracht gegen 2. Freuden 3:2, und 3. Eintracht gegen 1. Freuden 4:1. Mit Mühe ging es wieder zum Vereinsheim zurück, wo Herr Lehrer Jmand-Eintracht in berebten Worten den Dank der Eintracht Mannschaften für den freundlichen Empfang und das berzliche Entgegenkommen abstattete. — Freuden — ein Vorbild für andere Orte!

Ämlicher Teil.

(Nr. 134 vom 15. Juni 1920.)

Verordnung

über die Preise für Schlachtvieh.

Vom 4. Juni 1920.

Auf Grund des § 10. Abs. 3 der Verordnung über die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und für Schlacht- und Nutzvieh vom 15. Juli 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 647) / 1. April 1920 (Reichs-Gesetzbl. S. 474) und auf Grund der Verordnung über Kriegsmahnahmen zur Sicherung der Volksernährung vom 22. Mai 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 401) / 18. August 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 823) wird verordnet:

Artikel 1.

Für die Zeit bis zum 31. Juli 1920 darf beim Verkauf von Schlachtvieh durch den Viehhalter der Preis für 50 Kilogramm Lebendgewicht nicht übersteigen:

I. Bei Rindern:

1. gering genährten Rindern, einschließlich gering genährten Fressern (Klasse C) 240 Mark,
2. fleischigen Rindern (Klasse B) 340 Mark,
3. vollfleischigen Rindern (Klasse A) 380 Mark,
4. ausgemästeten oder vollfleischigen Rindern höchsten Schlachtwerts (Klasse A1) 420 Mark.

II. Bei Kalbern

5. Schlachtkälbern im Alter unter drei Monaten 450 M.

III. Bei Schweinen

6. Schlachtschweinen (ausgenommen bei Vertragsmast) 350 Mark.

IV. Bei Schafen

7. minderwertigen und abgemagerten Schafen (Klasse 4) 240 Mark,
8. mageren und gering genährten Schafen sowie Zuchtböden (Klasse 3) 300 Mark,
9. vollfleischigen und fetten Mastschafen sowie fleischigen Lämmern und Jährlingen (Klasse 2) 350 Mark,
10. vollfleischigen Lämmern und Jährlingen, Hammeln und ungelammten Schafen (Klasse 1) 400 Mark.

Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen können mit Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft Abweichungen von den Preisen für ihren Bezirk oder Teile ihres Bezirks vorschreiben und Rindvieh und Schafe in andere Klassen einordnen. Maßgebend ist der Höchstpreis des Bezirks, in dem sich die Ware zurzeit des Vertragsabschlusses befindet.

Artikel 2.

Auf die im Artikel 1 genannten Preise finden die §§ 8, 10 der Verordnung über die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und für Schlacht- und Nutzvieh Anwendung, auch soweit es sich um Schafe handelt.

Artikel 3.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 4. Juni 1920.
Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.
Dr. Hermes.

Wird veröffentlicht.

Die Herren Bürgermeister des Kreises ersuche ich um sofortige ortsübliche Bekanntmachung. Die Preise werden ab 22. Juni 1920 an der Sammelstelle gezahlt. Alle bisher gezahlten Preise fallen von diesem Tage an in Fortfall.

Limburg, den 11. Juni 1920.

Der Landrat

als Vorsitzender des Kreiswirtschaftsamtes des Kreises Limburg.

Verordnung

zur Abänderung der Verordnung über Pferdefleisch und Erzwurst. Vom 4. Juni 1920.

Auf Grund der Verordnung über Kriegsmahnahmen zur Sicherung der Volksernährung vom 22. Mai 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 401) / 18. August 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 823) wird verordnet:

Artikel 1.

Die Verordnung über Pferdefleisch und Erzwurst vom 22. Mai 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 467) wird wie folgt geändert:

1. § 2 erhält folgende Fassung:
„Als Richtpreis für den Verkauf von Schlachtpferden wird für je 50 Kilogramm Lebendgewicht ein Preis von 200 Mark festgesetzt. Der Preis gilt ab Stall des Verkäufers.“

Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden können mit Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft Abweichungen von diesen Preisen für ihren Bezirk oder Teile ihres Bezirks vorschreiben und die Schlachtpferde in Klassen mit gesonderten Richtpreisen einordnen. Maßgebend ist der Richtpreis des Bezirks, in dem sich die Pferde zurzeit des Vertragsabschlusses befinden.“

2. Dem § 5 wird folgende Vorschrift als Abs. 3 angefügt:
„Die Vermischung von Pferdefleisch mit einer der im Abs. 1 genannten Fleischarten zur Herstellung von Fleischwurst ist verboten.“

Artikel 2.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 4. Juni 1920.
Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.
Dr. Hermes.

Wird veröffentlicht.

Limburg, den 11. Juni 1920.

Kreiswirtschaftsamt des Kreises Limburg.

Schellen.

Verordnung

über die Aufhebung der Verordnung über die Verwendung des Mehrerlöses aus den Häuten von Schlachtvieh und Schlachtpferden. Vom 4. Juni 1920.

Auf Grund der Verordnung über Kriegsmahnahmen zur Sicherung der Volksernährung vom 22. Mai 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 401) / 18. August 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 823) sowie des § 10 der Verordnung über die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und für Schlacht- und Nutzvieh

vom 15. Juli 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 647) / 1. April 1920 (Reichs-Gesetzbl. S. 474) und des § 8 der Verordnung über Pferdefleisch und Erzwurst vom 22. Mai 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 467) wird verordnet:

Artikel 1.

Die Verordnung über die Verwendung des Mehrerlöses aus den Häuten von Schlachtvieh und Schlachtpferden vom 29. November 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 1903) wird aufgehoben.

Artikel 2.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 4. Juni 1920.
Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.
Dr. Hermes.

Wird veröffentlicht.

Limburg, den 11. Juni 1920.

Kreiswirtschaftsamt des Kreises Limburg.

Schellen.

Betr.: Mahnahmen gegen unerlaubte Beschäftigung und Beherbergung russischer Kriegsgefangener.
Aus Kriegsgefangenenlagern entworfene und eigenmächtig von ihrer Arbeitsstelle sich entfernende kriegsgefangene Russen treiben sich in großer Zahl im Lande umher und belasten ganz unendlich den Eisenbahnverkehr.

Kriegsgefangene, die sich außerhalb des Gefangenenlagers aufhalten, müssen einen Ausweis der Lagerdirektion ihres Gefangenenlagers haben.
Den zur Arbeit beurlaubten Gefangenen ist vorübergehendes Verlassen der Arbeitsstelle nur mit schriftlichem Ausweis des Arbeitgebers gestattet. Das selbständige Einmieten in andere als vom Arbeitgeber zugewiesene Wohnungen, sowie eigenmächtiges Verlassen oder Wechseln der Arbeitsstelle ist untersagt.

Reisen über Land, zu Fuß oder mit der Eisenbahn, sind allen Kriegsgefangenen nur gegen besondere, vom Lagerdirektor oder der Polizeibehörde ausgefertigte Berechtigungsausweise, aus denen Zweck, Ziel und Dauer der Reise ersichtlich sein müssen, gestattet. Letztere Vorschrift wird erfahrungsgemäß dadurch umgangen, daß Zivilpersonen, stellenweise auch die Arbeitgeber, den Russen Fahrkarten verschaffen.
Zur Beseitigung der Mißstände kommen folgende Mahnahmen in Betracht:

1. Jeder außerhalb des Gefangenenlagers sich bewegend Kriegsgefangener ist grundsätzlich nach den Ausweisen zu fragen. Es muß selbstverständlich Pflicht aller Aufsicht- und Sicherheitsbeamten sein, die Ausweise sorgfältig zu prüfen.

2. Den Arbeitgebern, denen Gefangene überwiesen sind, ist vom Landesarbeitsamt ein Ausweis ausgestellt, wieviel Gefangene sie beschäftigen dürfen. Es erscheint unbedingt notwendig, daß diejenigen Arbeitgeber, die ohne Ausweis Gefangene beschäftigen oder beherbergen, mit hohen Geldstrafen belegt werden. Eine vom Demobilisationskommissar in Schleswig erlassene Verfügung wird in Abschrift beigelegt. Strenge Ueberwachung der Arbeitgeber wird für erforderlich gehalten.

3. Es darf nicht geduldet werden, daß Kriegsgefangene sich in Privatwohnungen einmieten oder von der Bevölkerung auch nur vorübergehend beherbergt werden.

4. Kriegsgefangene, die ohne gültige Ausweise ange-
troffen werden, oder die gegen die sonstigen Vorschriften verstoßen müssen entweder beim nächsten Kriegsgefangenenlager eingeliefert oder der Ortspolizei oder der Ortsbehörde übergeben werden. Die Polizei- u. w. Behörden würden die vorläufig festgenommenen solange in Gewahrsam zu behalten haben, bis das zu benachrichtigende zuständige Gefangenenlager den Gefangenen abholt. In Zweifelsfällen über die Zuständigkeit, oder um unnötige Belastung der Polizeibehörde zu vermeiden, ist das nächstgelegene Kriegsgefangenenlager des Bezirks dienstlich verpflichtet, festgenommene Kriegsgefangene auf Anfordern abzuholen.

5. Die Kosten für den Polizeigewahrsam trägt das zuständige Gefangenenlager, in Zweifelsfällen das Abholungs-
lager.

Berlin W. 66, den 24. April 1920.

Seeres-Abwidelungsamt Preußen.

Unterfunts-Departement (Abw.)

Der Departements-Direktor.

m. W. v. gez.: Bauer.

Der Beigeordnete des Reichs-Abwidelungsamts.

J. B. gez.: Jucker.

Nr. 8310. 4. 20 U/III. (Abw.)

Arbeitgeber dürfen Kriegsgefangene nur in Arbeit nehmen oder in Arbeit behalten, wenn sie vom zuständigen nicht gewerkschaftlichen Arbeitsnachweis eine Bescheinigung erhalten, daß ihnen einheimische Arbeitskräfte nicht vermittelt werden können.

Ju widerhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 3000 (Dreitausend) Mark bestraft.

Schleswig, den 28. April 1919.

Der Demobilisationskommissar.

Abdruck teile ich den Ortspolizeibehörden des Kreises zur Kenntnis und Beachtung mit. Die Arbeitgeber von Kriegsgefangenen sind entsprechend zu verständigen.
Limburg, den 9. Juni 1920.

Der Landrat.

An die Herren ständigen Standesbeamten des Kreises.
Der Termin zur Erledigung meiner Verfügung vom 20. März 1905 — Nr. 1249 — betreffend **Eheschließungen mit Ausländern** läuft am 21. Juni 1920 ab.

Limburg, den 12. Juni 1920.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.

R. A. 1947.

Zum stellvertretenden Vorsitzenden des Schulvorstandes Niedergersheim habe ich den Bürgermeister Stähler daselbst ernannt.

Limburg, den 11. Juni 1920.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.

R. A. 1915.

Auf Grund des § 3 der Anordnung der Landeszentralbehörden vom 22. 8. 1916 zur Verordnung des Bundesrats über Fleischversorgung vom 27. 3. 1916 (R. G. Bl. 1916, 199) ernenne ich hiermit anstelle des Geheimen Regierungsrats Droege zu Wiesbaden, den Landrat von Bezold zu Usingen zum stellvertretenden Vorsitzenden der Bezirksfleischstelle für den Regierungsbezirk Wiesbaden.

Wiesbaden, den 5. Juni 1920.

Der Regierungspräsident.

Wird veröffentlicht.

Limburg, den 11. Juni 1920.

Kreiswirtschaftsamt des Kreises Limburg.

Dankjagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Verluste unseres lieben Entschlafenen, sowie Herrn Harter Grün für seine trostreichen Worte am Grabe, den barmherzigen Brüdern für die liebevolle Pflege, seinen Kameraden vom Kriegerverein „Germania“ für das leiche Geleite und für die vielen Kranzspenden ein herzliches „Bergelt's Gott!“

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Heinrich Jacob, Schmiedemeister
und Frau Anna geb. Seelbach nebst Kind,
Karl Behand, Bäckermeister
und Frau Minna geb. Jacob nebst Kinder.

Limburg, den 13. Juni 1920. 3(134)

Bekanntmachungen und Anzeigen der Stadt Limburg.

Kartoffelversorgung für das Wirtschaftsjahr 1920/21.

Die Versorgung mit Speisekartoffeln ist in diesem Jahre von der Reichsregierung anderweitig geregelt worden. Bezugsscheine zum Bezuge von Kartoffeln, wie dies in früheren Jahren hier üblich war, werden nicht mehr ausgegeben. Die Landwirte sollen, wenn sie für die versorgungsberechtigte Bevölkerung eine Mindestmenge von 120 Millionen Zentnern durch Lieferungsverträge aufgebracht haben, über den dann verbleibenden weitaus größten Teil ihrer Ernte frei verfügen können. Für die Kartoffeln, welche auf Lieferungsverträge geliefert werden, soll den Landwirten ein Preis von 25 Mt. und 5 Mt. Schnelligkeitsprämie bezahlt werden. Es kommen dann noch die Kosten der Vermittlung, einschl. Umsatzsteuer mit 1,75 Mt. pro Zentner hinzu, sodass ein Zentner Kartoffeln ab Landwirt sich bereits auf 31,75 Mt. stellen wird. Werden dann noch die Fracht und sonstige Auslagen hinzugerechnet, so wird der Zentner Kartoffeln sich auf mindestens 32—35 Mt. stellen. Die Städte sind aufgefordert, ihren Bedarf an Speisekartoffeln bis zum 19. d. Mts. anzumelden und müssen die Kartoffeln, für welche Verträge abgeschlossen, auch abgenommen werden.

Diejenigen Haushaltungen, welche ihren Winterbedarf aus diesen sogenannten Vertragkartoffeln decken wollen, werden hierdurch ersucht, die gewünschte Menge bis spätestens **Donnerstag den 17. d. Mts., mittags 12 Uhr im Rathaus, Zimmer Nr. 5** anzumelden. Spätere Anmeldungen können nicht berücksichtigt werden. Es wird darauf hingewiesen, daß die angemeldeten Kartoffelmengen dann später auch abgenommen werden müssen.

Limburg, den 14. Juni 1920.

7(134)
Der Magistrat.

Bekanntmachung betr. „das Meldewesen“.

Es ist in letzter Zeit vielfach vorgekommen, daß Personen in Limburg zuziehen ohne sich polizeilich anzumelden, oder im Stadtbezirk umziehen, ohne sich anzumelden, auch von hier verziehen, ohne sich anzumelden.

Es wird deshalb wiederholt auf die Bestimmungen der Regierungs-Verordnung über das Meldewesen vom 14. 7. 1904 aufmerksam gemacht.

Nach § 1 genannter Verordnung hat jeder, welcher seinen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im hiesigen Gemeindebezirk aufgibt, vor dem Abzug oder doch spätestens innerhalb 6 Tagen nach erfolgtem Abzuge, sich und die zu seinem Hausstande gehörenden Personen, welche an dem Abzuge teilnehmen, schriftlich oder mündlich bei der Polizeidirektion hier abzumelden.

Nach § 2 ist jeder, welcher im hiesigen Gemeindebezirk Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt nimmt, verpflichtet, innerhalb 6 Tagen sich und die zu seinem Hausstande gehörenden Personen schriftlich oder mündlich anzumelden, auch hat er über seine und seiner Angehörigen persönliche Verhältnisse auf Erfordern Auskunft zu geben.

Nach § 3 ist jeder, welcher seine Wohnung innerhalb des hiesigen Gemeindebezirks wechselt, verpflichtet, dies innerhalb 3 Tagen der Ortspolizeibehörde zu melden.

Zu den in den §§ 1—3 vorgeschriebenen Meldungen sind auch diejenigen, welche die betreffenden Personen als Mieter, Dienstboten oder in sonstiger Weise aufgenommen haben, innerhalb 6 Tagen nach dem Ab-, Zu oder Umzuge verpflichtet, sofern sie sich nicht durch Einsicht der bezüglichen polizeilichen Bescheinigungen von der bereits erfolgten Meldung überzeugen verschaft haben.

Die zu den Meldungen erforderlichen Formulare werden beim hiesigen Einwohnermeldeamt, Rathaus Zimmer 9, unentgeltlich verabfolgt.

Das Einwohnermeldeamt ist täglich außer Sonn- und Feiertags von 8—12 Uhr vormittags geöffnet.

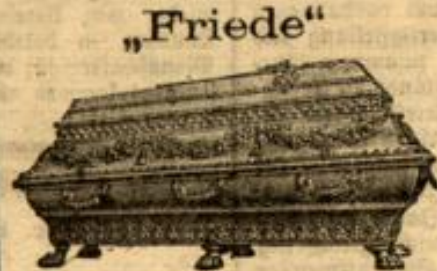
Zu widerhandlungen gegen die Vorschriften betr. die An-, Ab- und Ummeldung werden mit Geldstrafen bis zu 30 Mark bestraft, an deren Stelle im Unvermögensfalle entsprechende Haft tritt.

Limburg (Lahn), den 18. April 1920.

14(90)
Der Polizeiverwaltung.

Erziehungsheim Schloss Werdorf,
Kr. Wetzlar. Vorber. f. alle Klassen. Vorz. Verpflegung
Schöne, gef. Lage. 3(1)

In- u. Auslands-
Ueberführungen
per Bahn und Landweg.
Enterdigungen
Einäscherungen



Grosse Auswahl
Särge
aller Art.
Spec. Eichen-Särge.

Karl Fassbender, Limburg, Rohrweg 3,
i. d. Nähe der Nass. Landesbank, 16(47) Fernsprecher 262.

Bekanntmachung.

Die am 2. Juni im hiesigen Gemeindeveld abgehaltene
Auktionenversteigerung ist genehmigt und wird das Schluß-

Donnerstag den 17. Juni d. Js.,
vormittags 8 Uhr

den Steigerern zur Abfahrt überwiesen.

Dauborn, den 14. Juni 1920.

6(134)

Der Bürgermeister.

Herrn-Stärkewäsche

wäscht und bügelt
als Spezialität in bester Ausführung.

Waschen und bügeln der Kragen,
:: Manschetten und Vorhemden ::
— 80 Pfg. —

Nur bügeln 70 Pfg.

Lieferzeit 14 Tage.

Waschanstalt „Schneeweiss“ Limburg a.d.L.

Telefon 88.

15(128)

**Piassavabesen, Reiserbesen,
Kokosbesen, Rosshaarbesen,
Handfeger, Kokosmatten,
prima Scheuertücher Fenster-
leder, Schwämme, Rasierabast,
sowie sämtl. Bürstenwaren**

in prima Friedensqualität, billigst.

7(121)

J. Schupp, Seilerei

en gros

en detail

Fernruf 277. Limburg. Frankfurterstr. 15.

Die Geschäftswelt

muss im eigenen Interesse über
alle behördlichen Verfügungen
auf dem Laufenden bleiben. Der

Limburger Anzeiger

der als amtliches Kreisblatt das
Sprachrohr der Behörden ist, bil-
det deshalb nach wie vor für
jeden Geschäftsmann ein unent-
behrliches Informations- u. Nach-
schlageblatt. Bestellungen werden
jederzeit in der Geschäftsstelle,
Brückengasse 11, sowie von allen
Trägerinnen entgegengenommen.

Chiffreanzeigen betr. Verkäufe.

Das neue Umsatzsteuergesetz verpflichtet die Zeitungen bei
Androhung hoher Geldstrafen, Chiffreanzeigen über Verkaufs-
angebote von Gegenständen, die der erhöhten Umsatzsteuer unter-
liegen (also aller Luxusgegenstände) nur noch zur Veröffent-
lichung unter Chiffre anzunehmen, wenn der Besteller der
Zeitung seine genaue Adresse, Name, Stand, Wohnort und
Straße nennt. Die Zeitungen sind verpflichtet, jede solche ver-
öffentlichte Chiffreanzeige der zuständigen Steuerstelle mit der
Adresse des Bestellers sofort zu übermitteln. Das hat den
Zweck, daß von dem erfolgten Verkauf die Luxussteuer beim
Verkäufer angefordert werden kann. Diese Steuer beträgt 15%
Die Verkäufer können bei der Festlegung des Verkaufspreises
hierauf Rücksicht nehmen.

Limburger Anzeiger.

Turnhalle.

Sonntag den 20. Juni, abends 8 Uhr:

Einmaliges Gastspiel des süddeutschen Operetten-Theaters.
Die beliebteste Operette der Neuzeit. An der komischen Oper in
Berlin über 500 mal aufgeführt.

Eine Ballnacht.

Operette in 3 Akten von Oskar Strauss.

Preise der Plätze (einschl. Steuer): Sperrsitz (num.) 5.— Mk.
2. Platz 3.50 Mk., Galerie 2.— Mk.
Vorverkauf: Buchhandlung Herz und Sonntag in der Turn-
halle. An der Kasse 50 Pfg. Aufschlag. 5(134)

Von Limburger Büro wird

tüchtige Kraft,

Herr oder Dame, perfekt in allen Büroarbeiten, insbesondere
Stenographie und Maschinenschriften, gesucht.

Zusätzl. Off mit Gehaltsansprüchen unter Nr. 8(134)
an die Expd. d. Bl.

Für meinen landwirtschaftlichen Betrieb von
130 Morgen suche ich

einen tüchtigen erfahrenen Mann

nicht unter 25 Jahren, der mit Pferden um-
gehen kann. Nachfragen sind zu richten an **Franz
Müller Ww., Hof Schwidershausen**
bei Camberg. 7(132)

Geräuch. Schellfische

frisch eingetroffen. 4(134)

Ed. Trombetta Nachf.

In angenehme Stellung
wird für meinen kleinen Haus
halt ein erfahrener

Mädchen

gesucht. 2(134)

Frau Direktor Scheirmann,
Untere Grabenstr. 10.

Gut erzogene Haustochter

aus besserer Familie für einen
kleinen Haushalt bei Familien-
anschluss gesucht. Off. unter
Nr. 1(134) an die Expd. d. Bl.

Junges ehrl. Mädchen
oder Frau zum Austragen
von Milch in der Zeit von
9—12 Uhr gegen gute Be-
zahlung sofort gesucht.
Näheres 9(134)

Untere Schiede 5 II.

Metallbetten

Stahlrohrmatratzen, Kinderbetten,
Polster an jeder Form, Rat. frei.
Eisenmöbelfabrik, Suhl i. Thür.

Arbeitsbücher

zu haben in der
Kreisblatt-Druckerei.

Billiges Brot

durch Selbstbacken in unserem

**Hausbrot-
backofen**



„Goliath“

Beschreibung und Preisliste gratis und franco, auch über **Heiße-
röster- und Aufbewahrungsschränke „Goliath“** für Hauswirtschaften
das ganze Jahr hindurch!

Bäckerei-Industrie Lauterbach 81 (Oberhessen).

Tüchtige Vertreter gesucht!

Lehrverträge

zu haben in der
Kreisblatt-Druckerei.

Zur gef. Beachtung!

Steuer-

Kartenblätter

nach amtlicher Vorschrift
nur zu haben in der

Kreisblatt-Druckerei.